



## **Antrag**

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

### **Einführung von Mindeststandards entlang der Bildungsbiografie konsequent fortsetzen – hohe Abschlussquoten sicherstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung,

- den Übergang von den Kindertageseinrichtungen in die Grundschule und von der Grundschule in die weiterführenden Schulen so zu gestalten, dass die Möglichkeiten von Lernausgangslagen in Klassenstufe 1 und 5 genutzt werden und dabei das Gelingen der Übergänge zu sichern,
- darzustellen, wie eine Schülerinnen- und Schüler-ID zeitnah in Schleswig-Holstein, notfalls auch vor und unabhängig von der wünschenswerten Umsetzung eines nationalen Bildungsregisters, eingeführt werden kann, um Bildungsverläufe auch über die Grenzen des allgemeinbildenden Schulsystems und der Bundesländer hinweg nachvollziehen und eine durchgängige Unterstützung im Bildungsprozess durch die allgemein- und berufsbildenden Schulen leisten zu können und gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen im Übergang Schule und Beruf zu entwickeln.
- die bereits bestehenden schulrechtlichen Schnittstellen zum § 31a SGB III zeitnah so zu gestalten, dass damit der Berufsberatung die aktive Kontaktaufnahme mit jungen Menschen erleichtert wird, die ohne eine konkrete Anschlussperspektive die allgemeinbildende Schule beenden.

- die Arbeit der Jugendberufsagenturen auf der Grundlage des Abschlussberichtes zur Evaluation der Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein weiterzuentwickeln und noch besser zu verzahnen.

Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die Landesregierung den Masterplan Mathematik weiterentwickelt und um weitere Maßnahmen ergänzt hat (siehe Drucksache 20/2615) und bittet darum, diese besonders auch mit Blick auf das Erreichen der Mindeststandards und die Vorbereitung auf einen allgemeinbildenden Schulabschluss umzusetzen.

Darüber hinaus begrüßt der Landtag, dass mit dem Programm „Perspektivschule Kurs 2034: Das Startchancen-Programm in Schleswig-Holstein“ zusätzliche Akzente für Bildungsgerechtigkeit gesetzt werden, indem sich alle im Programm befindlichen Schulen darum bemühen, die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards nicht erreichen, in den nächsten zehn Jahren zu halbieren und damit auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss entsprechend zu reduzieren.

Der Landtag teilt die Analyse des Bildungsministeriums, dass in der Gruppe der vom Schulabbruch betroffenen jungen Menschen sprachliche Probleme einen bedeutsamen Bedingungs Zusammenhang darstellen können. Die Landesregierung wird aufgrund dieser – auch wissenschaftlich belegten – Erkenntnisse gebeten, den Zeitplan für die frühkindliche Sprachförderung (siehe Drucksache 20/2457) stringent weiterzuverfolgen.

Schulabsentismus steht nach wissenschaftlichen Erkenntnissen in einem engen Zusammenhang mit dem Verlassen der Schule ohne Schulabschluss und damit einhergehenden Problemen. Der Landtag begrüßt daher, dass das Landeskonzept zum Schulabsentismus wissenschaftlich evaluiert wird und bittet darum, pädagogische, jugendhilferechtliche und psychologische Hilfen in diese evaluierende Betrachtung einzubeziehen. Mit diesen Erkenntnissen sollen die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten für junge Menschen durch multiprofessionelle Hilfen im Netzwerk verbessert werden.

Begründung:

Die Schule wird als zentrale gesellschaftliche Instanz durch das Recht des jungen Menschen auf eine seiner Begabung, seinen Fähigkeiten und seiner Neigung entsprechende Förderung und Ausbildung bestimmt. Dabei werden alle Schülerinnen und Schüler unterstützt, um den für sie individuell bestmöglichen Schulabschluss zu erreichen. Die Schule muss dabei jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler im Blick haben und gemeinsam mit allen weiteren Institutionen in der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit und mit den Eltern zu einer gelingenden Schullaufbahn zu kommen. Nach dem schleswig-holsteinischen Grundsatz „Niemanden zurücklassen“ ist uns jedes Kind wichtig und wir übernehmen Verantwortung für jede Schülerin und jeden Schüler. Erste Maßnahmen zur Sicherstellung hoher Abschlussquoten sollen sofort ergriffen werden (Drucksache 20/2651).

Martin Balasus  
und Fraktion

Malte Krüger  
und Fraktion